

POLITISCHES BUCH

Tausend Seiten Widerstand

Der DDR-Bürgerrechtler Ehrhart Neubert hat die erste große Gesamtschau über Opposition in der DDR zwischen 1949 und 1989 geschrieben – auch eine Abrechnung mit der evangelischen Amtskirche und der westdeutschen Politik. *Von Hans Michael Kloth*



Kirchentag in Wittenberg 1983*: Demonstration gegen die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft

Kloth, 33, ist Historiker und arbeitet als Experte für die Enquete-Kommission des Bundestags zur „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“.

Langsam kommt Farbe in unser grau-in-graues Bild der DDR, das sich seit 1989 bestenfalls in Schwarz und Weiß geschieden hat. Das Deutsche Historische Museum im Zeughaus Unter den Linden zeigt derzeit noch eine aufregende Ausstellung über die Künstlerboheme im SED-Staat, die – von DDR-Dada bis hin zum keineswegs schmalspurigen DDR-Schmalfilm – hinreißende Beispiele dafür liefert, daß an der DDR eben oft nur der Anspruch totalitär war.

Ehrhart Neubert, 57, Kirchensoziologe und DDR-Bürgerrechtler, hat das politische Pendant zu dieser Gegenkunst-Galerie geschrieben. Acht Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur ist seine enzyklopädische „Geschichte der Opposition in der DDR



Jugendgottesdienst in Ost-Berlin (1986): Pflicht zur Einmischung

1949 – 1989“ erschienen – erste Gesamtschau des vor dem Herbst 1989 im Osten unterdrückten und im Westen verdrängten Phänomens im „anderen Deutschland“**.

In 106 Kapiteln breitet Neubert über fast tausend Seiten das Panorama von Zivilcourage, politischer Unangepaßtheit und phantasievoller Gegenwehr gegen den vormundschäftlichen SED-Staat aus. Schon angesichts der schwierigen Quel-

lenlage ist dies eine beachtliche Leistung, denn statt auf Staats- und Stasi-Akten hat Neubert fast ausschließlich auf oppositionelle Selbstzeugnisse zurückgegriffen, die er in jahrelanger mühsamer Suche aus den Kellern und Kartons ehemaliger Akteure zusammengetragen hat.

Der ehemalige Studentenpfarrer Neubert, der selbst aus der evangelischen Friedensbewegung der DDR kommt, sieht die Geschichte der SED-Herrschaft als die Geschichte eines vier Jahrzehnte währenden Widerstandes gegen sie. Dieser Widerstand begann mit der demokratischen Opposition in der sowjetischen Besatzungszone, etwa aus den Reihen der Ost-CDU und der LDPD; er

* Getreu dem von der SED verbotenen Wahlspruch der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ schiedet ein Teilnehmer ein Schwert um.

** Ehrhart Neubert: „Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989“. Ch. Links Verlag, Berlin; 960 Seiten; 48 Mark.

setzte sich fort in der vom revisionistischen Marxismus dominierten Opposition der sechziger und siebziger Jahre. Als die von Kommunisten wie Robert Havemann und Rudolf Bahro geforderte „Alternative“ zum real existierenden SED-Regime ohne Echo blieb, übernahmen schließlich die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, die Ende der siebziger Jahre im Umfeld der evangelischen Kirche entstanden, die Rolle des Widerparts zum System.

Diese waren es dann, die sich Mitte der achtziger Jahre als „Demokratiebewegung“ etablierten, dem SED-Regime erste politische Niederlagen zufügten und angesichts der durch Massenflucht und Großdemonstrationen offen zutage getretenen Systemkrise schließlich nicht mehr ignoriert werden konnten.

Mit viel Liebe zum Detail läßt Neubert die Vielfalt der Motive, der Organisationsformen, der großen und kleinen Aktionen der Opposition über vier Jahrzehnte lebendig werden. Nur die wenigsten wurden im Westen bekannt. Von kirchlichen Friedensgruppen hatte man schon gehört, aber von trotzkistischen Zellen und einer Ost-KPD/ML, die Honeckers Realsozialismus für „sozialfaschistisch“ hielt, welche die DDR auf den albanischen Weg führen wollte und dabei von Nordkorea unterstützt wurde?

Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz 1976 wurde auch im Westen bekannt; doch wer wußte bislang von Joseph Kneifel, der 1980 in Chemnitz ein sowjetisches Panzermonument in die Luft zu sprengen versuchte und dafür zu lebenslanger Haft verurteilt wurde? Daß in ostdeutschen Kirchenkellern illegale Untergrundzeitschriften gedruckt wurden, war bekannt; daß die DDR-Opposition mit Hilfe westlicher Unterstützer zeitweise eigene Piratensender betreiben konnte, dürfte für viele neu sein.

Wichtiger noch als die Dokumentation ihrer Vielfalt ist es Neubert, die geistigen und organisatorischen Entwicklungslinien der ostdeutschen Opposition freizulegen.

Als etwa die DDR-Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre in das Blickfeld westdeutscher Beobachter geriet und prompt als Ostpendant zur westdeutschen Anti-Nachrüstungsbewegung vereinnahmt wurde, hatte sie bereits eine 20jährige eigenständige Entwicklung hinter sich – vom Protest gegen die Einführung der Wehrpflicht 1962 und der daraus entstandenen Bausoldatenbewegung über den Kampf gegen den Wehrkundeunterricht (von 1978 an) und die Frauenwehrrpflicht (1982) bis zur Initiative für einen „sozialen Friedensdienst“. Dies waren DDR-spezifische Themen, die sich nicht aus der Nachrüstungsdebatte ableiten ließen, sondern aus dem Widerstand gegen die fortschreitende Militarisierung der DDR-Gesellschaft.

Die evangelische Kirche spielte für die Entwicklung der Opposition seit Mitte der

siebziger Jahre eine entscheidende, zugleich aber ambivalente Rolle. Sie bot – als einzige Institution in der DDR – Regimekritikern Raum, sich zu artikulieren. Der Liedermacher Wolf Biermann war einer von ihnen. Nach seinem Auftritt in einer Prenzlauer Kirche im September 1976 beschloß das SED-Politbüro, ihn bei nächster Gelegenheit auszubürgern.

Dabei war die evangelische Kirche nach Neuberts Ansicht stets mehr als nur ein Hort für Dissidenten. Sie gab dem Widerstand auch die geistige Grundlage. Diese fand sie in einer DDR-spezifischen protestantischen Sozialethik, die – nicht unähnlich der „Theologie der Befreiung“ in Lateinamerika – aus der Schuld der Kirche im Dritten Reich eine Pflicht zur politischen Einmischung ableitete.

Allerdings wurden in der DDR-Kirche, so Neubert, „zwei Sprachen gesprochen“ – die einer „traditionellen, dem Staate dienstbaren Theologie und die Sprache eines politisch-kritischen Christentums“.

Die Vision von einer „verbesserlichen Kirche im verbesserlichen Sozialismus“, die etwa der Erfurter Propst Heino Falcke verfocht, wurde konterkariert von der vom Ost-Berliner Bischof Albrecht Schönherr seit den späten sechziger Jahren propagierten Formel einer „Kirche nicht gegen, nicht neben, sondern im Sozialismus“. Das Schönherr-Motto setzte sich durch und

wurde zur Grundlage für das Verhältnis der offiziellen Kirche zum SED-Staat.

Das Ergebnis war oft genug vorbeugende Unterwerfung: Aus Angst, es mit der SED zu verderben, disziplinierten evangelische Obere immer wieder regimekritische Pfarrer mit Hilfe des kirchlichen Dienstrechts. Damit entlasteten sie das SED-Regime von der Notwendigkeit, selbst zu repressiven Maßnahmen zu greifen und erhöhten indirekt seine Respektabilität.

Die offene Jugendarbeit der Kirche, die wachsenden Zulauf von ansonsten kirchenfernen DDR-Jugendlichen hatte, wurde in den meisten Landeskirchen systematisch behindert und als „Politisierung von Asozialen“ diskreditiert, wenn sich dort Widerspruch gegen den SED-Staat artikulierte. Noch im Spätsommer 1989 bestritten Kirchenobere die Legitimität von Demonstrationen.

Die Neigung zur Geheimdiplomatie mit dem Regime führte zudem „fast zwangsläufig“ (Neubert) dazu, daß zahlreiche Kirchenfunktionäre konspirative Kontakte zur Stasi unterhielten. Bekanntestes Beispiel: der damalige Konsistorialpräsident der Berlin-brandenburgischen Kirche, Manfred Stolpe.

Während kritische Theologen bemüht waren, den christlichen Freiheitsbegriff für die Legitimation politischer Opposition

nutzbar zu machen, scheuten sich ihre staatstreuen Kollegen nicht, „ihre Theologie zu einer operativen Ideologie im Dienste der SED zur Aufhebung der christlichen Religion“ (Neubert) zu machen – wie der kurzzeitige Rektor der Humboldt-Universität und IM Heinrich Fink oder der „Weißenseer Arbeitskreis“ um den Theologieprofessor Hanfried Müller, der die Freiheit der Christen als „Freiheit zum Dienen“ uminterpretierte und den Kommunismus als Erfüllung christlicher Hoffnungen darstellte.

Auch die DDR-Opposition war überwiegend nicht darauf aus, die DDR zu beseitigen. Sie wollte das Regime mit legalen Mitteln, von Eingaben oder Strafanzeigen über Wahlanfechtung bis hin zu öffentlichen Demonstrationen, demokratisieren.

Die darin enthaltene Anerkennung des SED-Staates hat der Opposition in der DDR aus dem Westen den Vorwurf der intellektuellen Nähe zum Widersacher eingebracht. Dem hält Neubert entgegen, daß auch die tschechische Charta 77 sich aus taktischen Gründen nicht als fundamentale Opposition verstanden wissen wollte.

Anders hätten die Kritiker auch nicht den Hauch einer Chance gegen die übermächtige SED gehabt. Nur indem Regimegegner die vorhandenen Rechtsvorschriften nutzten, konnten sie überhaupt politisch handeln. Wer auf die mögliche



Friedensdemonstration in Jena (1983): Verschlüsselter Ungehorsam

juristische Absicherung verzichtete und die Diktatur frontal angriff, erzielte mit solchem Widerstand unter Umständen zwar große symbolische Wirkung – die politischen Spielräume für Opposition ließen sich so kaum erweitern.

In diesem Sinne, nicht im Sinne unterschwelliger Kumpanei mit dem Kommunismus, war die Opposition der achtziger Jahre in der DDR für Neubert „systemimmanent“. Daß die Friedens- oder die Umweltfrage politische Codes waren, mit denen Regimegegnerschaft legitimiert wurde, hat man im Westen nie verstanden.

Ein Grund für die Marginalisierung der DDR-Opposition nach 1989 war der Eindruck, sie habe „die Einheit nicht gewollt“. Dies war jedoch Folge eines anderen westdeutschen Wahrnehmungsfehlers: Die Ab-

kehrung des Modells Bundesrepublik durch die DDR-Opposition wurde in eins gesetzt mit einer Absage an die staatliche Einheit.

Neubert zeigt, daß es DDR-Oppositionelle waren, die in den achtziger Jahren nach tragfähigen deutschlandpolitischen Konzepten suchten, als „Wiedervereinigung“ für die Bundesrepublik bereits weitgehend zur Leerformel verkommen war. Der marxistische Dissident Robert Havemann und der protestantische Pfarrer Rainer Eppelmann traten 1982 im „Berliner Appell“ gemeinsam für die Wiedervereinigung eines – Pferdefuß: blockfreien – Deutschland ein. Und lange vor Kanzler Kohls ad hoc entworfenem Zehn-Punkte-Programm vom November 1989 hatten oppositionelle Kirchengruppen über deutsch-deutsche Konföderationsmodelle nachgedacht.

Dies waren halbgeare Konzepte. Aber die „halbe Antwort“ (Neubert) der DDR-Opposition auf die deutsche Frage war immer noch mehr, als die Westdeutschen zu bieten hatten.

Tatsächlich haderten die DDR-Oppositionellen mit der Wiedervereinigung 1990 nicht mehr als der durchschnittliche Westdeutsche auch; was sie frustrierte, war, daß sie nun feststellen mußten, daß der Preis der Verlust der Möglichkeit war, die Vereinigung politisch mitzugestalten.

Man kann (und wird) darüber streiten, ob die protestantische Sozialethik die DDR-Opposition wirklich in dem Maße prägte, wie Neubert meint, ob seine Sicht der Amtskirche dieser Unrecht tut, ob er schließlich die Beschäftigung der Opposition mit der deutschen Frage überbewertet.

Worüber man nicht streiten kann, ist, daß mit diesem Buch die Sicht der Nachwelt auf die DDR endlich vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Es ist mehr als nur eine Ideen-, Organisations- und Sozialgeschichte der Opposition, sondern eine politische Geschichte der DDR „von unten“: 40 Jahre DDR aus der unfreiwilligen Froschperspektive derjenigen, die sich gegen die SED-Herrschaft mit legalen und illegalen Mitteln auflehnten und deshalb von ihr ausgegrenzt, unterdrückt, verfolgt, verhaftet oder vertrieben wurden. ◆